

Verlegenheiten

Zu einer Akademietagung mit mißlungenen christdemokratischen Selbstfindungsversuchen

Zum Thema „Leitbilder christlicher Weltverantwortung“ mit dem Untertitel „Christliche Demokratie im Vergleich mit alternativen weltanschaulichen Konzeptionen seit ‚*Rerum novarum*‘“ lud die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 1. bis 4. September zu ihrer diesjährigen Sommerakademie nach Schloß Eichholz (Wesseling bei Köln) ein. Die Vorbereitung war gründlich. Ein umfangreiches zeitgeschichtliches Grundsatzpapier zur Entwicklung des Verhältnisses von christlicher Demokratie und päpstlicher Soziallehre wurde den Anreisenden bereits mit auf den Weg gegeben. Die Intonierung war verheißungsvoll. Akademiemeister *Klaus Weigelt* kündigte in seinem Einleitungstestament eine „Veranstaltung zur Zeitdeutung“ an, mahnte und drängte: Mitnichten sei man als christliche Demokraten nach dem Ende des Kommunismus „aus dem Schneider“. Jetzt erst recht heiße es Farbe bekennen. Die Herausforderungen, denen man sich nun zu stellen habe, seien schwieriger, existentieller und unausweichlicher als die aus der Zeit des status quo. Denn wer habe nach dem Ende des Kalten Krieges noch ernstlich an die totale Katastrophe geglaubt. Jetzt aber heiße es handeln, gigantische Aufgaben stünden vor uns. Es gelte unter Vermeidung eigener Erosion und in der rechten Verbindung von Gedanke, Wort und Tat „die größte Bewährungsprobe der letzten Jahrzehnte“ zu bestehen.

Eine eindrucksvolle Liste von Referenten wurde aufgeboten: Zeitgeschichtler mit bekanntem Namen, Theologen, Politiker, ehemalige und noch amtierende Botschafter und als Vertreter der anderen Geistesfamilien Politiker, Intellektuelle und Parteihistoriker, die die christlichen Demokraten kritisch mit ihren anderen Denktraditionen und politischen

Handlungsmustern konfrontieren sollten. Die Referentenliste bekam allerdings rasch Brüche wegen der Terminnot zweier vorgesehener Politiker. Sowohl der sächsische Ministerpräsident *Kurt Biedenkopf* wie sein mecklenburgisch-vorpommerscher Kollege *Alfred Gomolka* mußten ihre Teilnahme absagen. Ein höchst bedauerlicher Verlust, weil so die gesamte Veranstaltung unter der Hand zu einer fast rein „westlichen“ Angelegenheit wurde. Als Ostvertreter war allein Bundesbildungsminister *Reiner Ortleb* übriggeblieben, der die FDP als Gesprächspartner vertrat und in einer gelegentlich kämpferischen Mischung aus Altliberalem und gelerntem DDR-Bürger einige interessante Gegenakzente setzte, aber die Tagung dennoch nicht zu einer gesamtdeutschen machen konnte.

Die übrigen Referate waren von höchst unterschiedlicher Zielsetzung: Kenntnisreich wie immer, informativ und „seinem“ Thema immer neue Facetten abgewinnend, *Hans Maier* mit Ausführungen über „*Rerum novarum*“ und die Entstehung christlich-demokratischer Bewegungen in Europa; nachdenklich der Tübinger evangelische Systematiker *Oswald Bayer* mit seinem insgesamt überzeugenden Versuch, lutherische Staats-theologie und katholische Naturrechtslehre unter Benennung ihrer jeweiligen Defizite – Schöpfungsentwertung auf der einen, Sündenvergessenheit auf der anderen Seite – zu harmonisieren. Erfrischend auch für den Nichtökonom der langjährige Bonner Wirtschaftsstaatssekretär und gegenwärtige Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung *Otto Schlecht* als Anwalt der sozialen Marktwirtschaft und ihres ethischen Fundus, der als Synthese aus Ordoliberalismus und christlicher Sozialethik dargestellt wurde. Singulär *Günter Diehl*, der ehemalige Pressesprecher Kurt Georg Kiesingers und spätere Botschafter, mit seinem abendlichen Besinnungsrundumschlag auf alles, was im politischen wie im theologischen Denken und Verhalten nach Zeitgeist oder auch nur nach Mode aussieht, wobei das Eingeständnis sympathisch wirkte, Theologie sei ihm, dem Journali-

sten und Diplomaten, doch ein eher „unheimliches“ Fach.

All diesen folgten eine Reihe weiterer Referenten, unter ihnen der chilenische Botschafter in Bonn und der Leiter des Islam-Archivs in Soest. Es wurde kein Thema zwischen Deutschland und der großen Welt als Horizont christlicher Weltverantwortung und interkultureller Begegnung ausgelassen – soweit alle diese Themen auf einer dreitägigen Marthontagung unterzubringen waren.

Doch schon als die Vertreter der anderen politischen Ideenkreise, des „Sozialismus“, des Liberalismus und des Konservatismus sprachen – letzteren Part hatte der Bielefelder Politikphilosoph und Essayist *Bernd Guggenberger* übernommen –, meinte man als schlichter Zeitgenosse, nicht mehr zu wissen, wo einem der Kopf stand. Lag es nur an der gedanklichen und an der personellen Organisation der Tagung? Eine nachvollziehbare Argumentationsstruktur wurde jedenfalls nicht daraus.

Streckenweise entstand der Verdacht, man habe den ganzen Diskurs absichtlich so disparat angelegt, um nicht wirklich konkret und aktuell werden zu müssen. Jedenfalls blieb jede Standortbestimmung aus. *Bernhard Vogel*, der Vorsitzende der Adenauer-Stiftung, blieb in seiner Analyse der Unionspolitik seit 1945 auffallend verhalten und im wesentlichen bei der Vergangenheit. Vom geistigen Fundament der CDU und ihrem politischen Ethos war wohl die Rede, aber kaum von den inneren Spannungen der Partei, von der Notwendigkeit, in einer nachchristlich verfaßten Gesellschaft eine eigene Identität zu entwickeln, von den von Weigelt angemahnten Zukunftsperspektiven schon gar nicht. Noch weniger wurde der Union derzeit vermutlich sogar akutestes Problem angesprochen: welches Führungspersonal welcher Prägung gegenwärtig in der Union nachwächst. Der Zeithistoriker *Heinz Hürten* sollte über das Dreiecksverhältnis christliche Demokratie – Katholizismus – vorpolitischer Raum sprechen. Er aber hörte bereits spätestens um 1945 herum auf. Der Ausfall des lange vom

christlich-katholischen Verbandswesen besetzten vorpolitischen Raumes als Rekrutierungsbasis christdemokratischer Führungsfiguren und die daraus resultierende und noch lange nicht überwundene personelle Schwäche der Union – sie wurde nur angedeutet. Ein Thema ist auch daraus nicht geworden.

Warum denn nur soviel Problemscheu? Fehlt es letztlich an Interesse, oder waren es bloß die Verlegenheiten eines vorwiegend älteren akademischen Publikums? Des Rätsels Lösung kam interessanterweise von der „Sozialismus“-Referentin *Brigitte Seebacher-Brandt*. Ihren gekonnt bescheiden vorgetragenen Ausführungen zur Geschichte und Gegenwart wurde denn auch besonders aufmerksam zugehört. Die Diskussion danach brachte es auf den Punkt: Die Volksparteien insgesamt befinden sich im Zustand schwebender Erschöpfung. Da große Leitbilder fehlen, werden pragmatisch Sachzwänge verwaltet. Und was die geistige Substanz betrifft, nimmt jeder von jedem und alles fließt ineinander; liberales Gedankengut beflügelt die Sozialdemokratie, die Liberalen sind längst zu Sozialliberalen mit noch etwas bürgerlich-nationalem Erbe geworden. Und beide nähren sich, mehr oder weniger redlich, auf jeden Fall schön nachchristlich und selektiv vom christlichen Ethos. Dabei hätten Christdemokraten immerhin den Vorteil eines einigermaßen klaren Menschenbildes. Aber will man davon auch wirklich Gebrauch machen? *se*

Symptom

Der deutliche Anstieg der Kirchenaustritte

Verlässliches Zahlenmaterial liegt zwar noch nicht vor, aber das Faktum als solches ist durch zahlreiche konvergierende Einzelbeobachtungen hinreichend belegt. In den letzten Monaten ist die Zahl der Austritte sowohl aus der katholischen Kirche wie aus den Gliedkirchen der EKD in den

alten Bundesländern *sprunghaft angestiegen*, nicht nur in Großstädten, sondern auch in mittleren und kleineren Städten. Vielfach haben sich die Austrittszahlen seit Juli gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs mehr als verdoppelt. Als Begründung für ihren Schritt gaben die in den letzten Monaten ausgetretenen Kirchenmitglieder häufig den seit Juli erhobenen Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Lohn- und Einkommensteuer an.

In den letzten Jahren hatte sich die Zahl der Austritte bei den großen Kirchen in der Bundesrepublik *nur wenig verändert*. Die EKD-Gliedkirchen verzeichneten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre jeweils etwa 140 000 Austritte; 1989 waren es 147 753 Austritte, 1990 (hier liegen noch keine endgültigen Zahlen vor) offenbar nicht wesentlich mehr. Die katholischen Austrittszahlen stiegen von 74 172 im Jahr 1985 leicht auf 81 598 im Jahr 1987; 1988 traten 79 562 Personen aus der katholischen Kirche in der Bundesrepublik aus. Damit werden auf katholischer Seite jetzt wieder die Werte der großen Austrittswelle der frühen siebziger Jahre erreicht (1974 wurden 83 000 Austritte registriert, die bis dahin höchste Zahl seit Kriegsende). Die evangelischen Austrittszahlen der letzten Jahre liegen noch unter denen von damals (die bisherige Höchstzahl wurde 1974 mit 216 000 Austritten aus den EKD-Gliedkirchen erreicht).

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen, ob die Zunahme der Austrittszahlen in den letzten Monaten sich nur als zeitlich begrenzter Ausschlag nach oben erweist oder Vorbote einer *längerfristigen neuen Austrittswelle* ist. Aber die jüngsten Kirchenaustritte mitsamt ihrem unmittelbaren bzw. auslösenden Anlaß Steuererhöhung sagen einiges aus über Zustand und Entwicklung der Kirchenbindung in der „alten“ Bundesrepublik. Für viele Protestanten wie Katholiken, die selbstverständlich in ihrer Kirche verwurzelt sind und sich an deren Leben beteiligen, mag es schwer verständlich sein, daß jemand wegen eines Steuerzuschlags aus der Kirche austritt, um durch den Wegfall

der Kirchensteuer den finanziellen Verlust wieder wettzumachen. Tatsache ist aber, daß ein nicht unerheblicher Teil der evangelischen und auch (wenn auch in vermutlich in geringem Umfang) der katholischen Kirchenmitglieder in den alten Bundesländern nur (noch) so lose mit ihrer Kirche verbunden ist, daß ein Anlaß wie die Steuererhöhung ausreicht, um sich nach bürgerlichem Recht von der Kirche zu verabschieden.

Bei der EKD-Umfrage zur Kirchenmitgliedschaft, deren Ergebnisse 1984 veröffentlicht wurden (vgl. HK, Oktober 1984, 448 ff.), bekundeten 11 Prozent der Befragten eine entschiedene Bereitschaft zum Kirchenaustritt, weitere 11 Prozent hatten schon öfters an einen Austritt gedacht, aber noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt. Die Studie folgerte damals: „Es gibt zum Zeitpunkt der Erhebung hochgerechnet rund 4,6 Millionen Kirchenmitglieder über 14 Jahre, die sozusagen einen Fuß bereits aus der Kirche herausgesetzt haben“ (Was wird aus der Kirche?, Gütersloh 1984, S. 142). Diese Gruppe ist in den vergangenen Jahren sicher nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Im übrigen gibt es gute Gründe für die Vermutung, daß sich die Problemlage auf *katholischer* Seite zunehmend der protestantischen annähert. Schließlich wird das katholische Teilnahmeverhalten in der Bundesrepublik vielfach „evangelischer“ (Kontakt mit der Kirche nur zu besonderen Anlässen im Jahr bzw. im Lebenslauf), läßt die Bindungskraft der über erstaunlich lange Zeit stabilen katholischen Milieus zunehmend nach.

Was sollen die Kirchen angesichts dieser Situation tun? Zunächst müssen sie sich darüber im klaren sein: es ist kein Naturgesetz und schon gar keine Botschaft begründete Selbstverständlichkeit, daß über 80 Prozent der Bevölkerung formell einer christlichen Kirche angehören. Schon der Blick in die ehemalige DDR kann hier hilfreich sein. Die Ausstrahlungskraft des Evangeliums ist nicht von einer möglichst hohen Zahl eingetragener Kirchenmitglieder abhängig; auch die „Christ-